

Stadtzürcher Wahlen 2014

Schludrigkeiten im rot-grünen Programm

Das linke Bündnis bietet im Stadtzürcher Wahlkampf Angriffsflächen – nicht nur wegen der grossen Kandidatenzahl

Rot-grün demonstriert im Zürcher Stadtratswahlkampf Einigkeit, ist aber verwundbarer denn je. Der Sitzanspruch ist vermessen im Verhältnis zum Wähleranteil, und auch programmatisch bietet der linke Mainstream Angriffsflächen.

Irène Troxler

Während die bürgerliche Allianz sich im steten Kampf gegen innere Spaltpilze abmüht, zelebrieren die Sozialdemokraten und die Grünen im Zürcher Wahlkampf Einigkeit. Auch das Kuckucksei Richard Wolff, das dem Stadtrat im Frühling ins Nest gelegt wurde, will man zuversichtlich unter die Fittiche nehmen. Schliesslich ist die rot-grün gepolsterte Regierungsbank in den letzten Jahren immer breiter geworden. So hofft man, auch 2014 hätten wieder sieben linke Stadträte darauf Platz; bei einem Wähleranteil von 46 Prozent ist das ziemlich dreist. Als Letzte entscheidet die Alternative Liste am Dienstag, ob sie mit ins Bündnis steigt.

Versprechen ohne Preisschild

Es ist unbestritten, dass die grossen Themen der linksgrünen Allianz sich auf satte Volksmehrheiten stützen. Die Zürcherinnen und Zürcher haben Ja gesagt zum Ausbau der Kinderbetreuung,

zum Ziel einer 2000-Watt-Stadt, zur Reduktion des Individualverkehrs und zum Ausbau des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Doch hehre Ziele zu verfolgen, ist ein etwas dünnes Wahlprogramm. Schaut man sich die konkrete Umsetzung an, so finden sich etliche Angriffspunkte. Zum Beispiel bei der Kinderbetreuung: Man versprach für jedes Kind einen Krippen- oder Hortplatz. Heute sind die städtischen Horte mit Kindern richtiggehend vollgestopft. Für den Mittelstand wird ein Hortplatz aber immer teurer – bei sinkender Qualität. Derweil steigt das Betreuungspersonal auf die Barrikaden und befürchtet, dass bald keiner mehr sein Kind anmeldet, der sich eine andere Lösung leisten kann. Will jemand aber einen privaten Hort eröffnen, so legen ihm die Behörden Steine in den Weg.

Auch die Offensive im gemeinnützigen Wohnungsbau klingt vor allem auf dem Papier gut. In der Praxis ist nicht immer klar, von welcher Schicht zu welcher anderen hier Geld umverteilt wird. Die AL möchte strenge Belegungsvorschriften und subventionierte Wohnungen für die Unterschicht. Mit dieser Forderung trifft sie sich aber eher noch mit der FDP als mit den Sozialdemokraten, die in den Vorständen der Baugenossenschaften gut vertreten sind. Das Zielpublikum der Genossenschaften ist weiterhin der Schweizer Mittelstand; Ausländer etwa sind klar untervertreten. Wie bei der Betreuung kann man beim Thema «Wohnen für alle» kaum

von einer überzeugenden Strategie sprechen. Hinzu kommt, dass den Bürgern vor den gewonnenen Abstimmungen ja kein Preisschild präsentiert wurde. Die Rechnung folgte jeweils erst hinterher. So hat mancher Steuerzahler wohl erst zu spät realisiert, welche Summen die mit seinem Ja verbundenen Betreuungsplätze, Null-Energie-Bauten und Genossenschaftssiedlungen verschlingen. Auch die rot-grüne Verkehrspolitik lässt sich mit Parkplatzabbau allein nicht umsetzen, sie erfordert gewaltige Investitionen in den öffentlichen Verkehr. Über die Einnahmeseite macht sich die rot-grüne Allianz aber wenig Gedanken.

Wunde Punkte zuhauf

Die Grünen etwa verstehen sich besser auf Visionen. Pünktlich zum Wahlkampfauftritt fügen sie ihrer langen Wunschliste einen neuen Punkt hinzu: Die Stadt soll ihre Grünflächen schützen. Das ist cleveres Politmarketing und soll wohl von den schludrig gemachten Hausaufgaben ablenken.

So haben bürgerliche Parteien durchaus Chancen, das rot-grüne Schulterklopfen effektiv zu stören, wenn sie die Finger auf diese wunden Punkte legen und eine Politik des Machbaren präsentieren. Zum Beispiel Halbtageschulen statt ein Chaos in den Horten; Ökologie mit Augenmass, keine Umverteilung zugunsten des Mittelstands und das Prinzip, dass der Staat kein Geld für Dinge

ausgeben sollte, die Private besser (und günstiger) können, sofern es nicht um öffentliche Kernaufgaben geht.

Verhinderer und «Marxist»

Auch was die aufgestellten Kandidaten angeht, dürften sich die Bürgerlichen über die dargebotenen Angriffsflächen freuen. Sie werden sich nicht darauf versteifen müssen, einfach den Alternativen Richard Wolff aus dem Amt zu drängen. Dieser profitiert, wenn er sich keine groben Fehler erlaubt, vom Bonus des Bisherigen. Sie werden bestimmt auch die beiden neuen Kandidaten ins Visier nehmen.

Der grüne Markus Knauss ist gewissermassen die Personifikation des VCS. Ihm kann man leicht das Etikett des Verhinderers anhängen. Das Scheitern des weitgehend privat finanzierten Pentagon-Fussballstadions feierte er als Erfolg. Inzwischen steht die Stadt vor einem Scherbenhaufen. Wer Tiefbauvorsteherin Ruth Genner als ideologisch empfand, dürfte mit dem streitbaren Knauss vom Regen in die Traufe kommen. Der SP-Kandidat Rafael Golta (sp.) nennt als wichtigstes Ziel «Chancengerechtigkeit» und möchte den Boden am liebsten privatem Gewinnstreben entziehen, wie er in einem Interview ausführte. Die NZZ würde ihn «wohl als marxistisch bezeichnen», sagt er von sich. Diese Art der Selbstdarstellung mag einen AL-Wähler ansprechen, aber keinen liberal denkenden Geist.

Die blaue Phase der FDP

20 Gemeinderatssitze als Wahlziel

mbm. · Die Gesamterneuerungswahlen für den Gemeinde- und Stadtrat in Zürich finden erst am 9. Februar statt. Schon am Montag hat die städtische FDP ihren Wahlkampf offiziell eröffnet und ihre politischen und thematischen Schwergewichte präsentiert – sowie ihren Slogan auf den Plakaten. Dieser lautet «Meh blau für Züri». Blau soll dabei für die Farbe der FDP stehen, aber auch für die Hälfte des Zürich-Wappens und die VBZ-Fahrzeuge sowie den See. Dass man den Slogan auch anders verstehen kann, ist den Verantwortlichen bewusst und wird in Kauf genommen.

Die für den Stadtrat kandidierenden Andres Türlér (bisher) und Filippo Leutenegger (neu) waren beim Wahlkampfauftritt zusammen mit Kreisparteipräsidenten, Gemeinderäten und Gemeinderatskandidaten anwesend. Laut Fraktionschef Roger Tognella soll im Gemeinderat eine schlagkräftige Truppe gebildet werden, um zwischen den Blöcken vermitteln zu können. Dafür habe man sich zum Ziel gesetzt, die heutige Sitzzahl von 17 auf 20 zu steigern.

Thematisch will sich die FDP hauptsächlich auf Grünraum, Beweglichkeit und Weitblick konzentrieren. Wie Stadtparteipräsident und Gemeinderat Michael Baumer ausführte, habe Zürich städtischer zu werden. Dafür müsse man Bauen ermöglichen und Erholungsraum erhalten. Zudem brauche es eine intelligente, bewegliche Mobilität mit Toleranz unter den Verkehrsteilnehmern. Und Weitblick sei beim Investieren gefragt.

Bündnisstrategien für eine bürgerliche Wende

Szenarien für die Zürcher Stadtratswahlen 2014. Von Daniel Bochsler

Zürich wird von einer rot-grünen Mehrheit regiert. Doch mit dem Einzug von Richard Wolff von der Alternativen Liste ändert sich die Ausgangslage. Die Linke muss die Karten neu mischen. Und die Bürgerlichen könnten das Steuer herumreissen.

Im Zürcher Stadtrat regiert seit rund zwei Jahrzehnten eine solide rot-grüne Mehrheit. Doch mit Richard Wolff muss die Linke die Karten neu mischen – und plötzlich könnten die Bürgerlichen 2014 das Steuer herumreissen. Noch viel mehr als die Fernsehauftitte der eigenen Kandidaten zählt dafür die richtige Bündnisstrategie.

Anschaunungsbeispiele dafür finden sich in den Kantonen. Gleich wie in den Städten sind kantonale Regierungswahlen ein Spiel zwischen politischer Mehrheit und Minderheit. Die politische Mehrheit – in der Regel sind das die Bürgerlichen (SVP, FDP, CVP) – kann ziemlich uneingeschränkt ihre Wunschregierung bestimmen, überlässt aber in aller Regel einige Sitze der linken Minderheit. Trotzdem schafft es diese immer wieder, Regierungssitze auf Kosten der bürgerlichen Mehrheit zu gewinnen. Erst vor zwei Jahren gewannen die Grünen zwei kantonale Regierungssitze in Baselland und in Zürich, 2007 holte sich die SP einen zweiten Sitz in der Kantonalzürcher Regierung, und 2006 eroberten SP und Grüne in Bern gar die Regierungsmehrheit.

Bürgerliche Uneinigkeit

Zwar wählen manche Wählerinnen und Wähler im Sinn der Regierungskonkordanz querbeet über alle Parteien hinweg, meistens zugunsten bisheriger Regierungsglieder. Doch bei den Sitzgewinnen trat die Linke jeweils mit neuen Kandidaten an, konnte also von keinem Bisherigenbonus profitieren, und nirgendwo gab die bürgerliche Mehrheit den Sitz freiwillig ab. Vielmehr versagten sich die bürgerlichen Parteien jeweils die gegenseitige Unter-

Vertretungen im Zürcher Stadtrat seit 1986

1986	1990	1994	1998	2002	2006	2010	2013
Koch SP	Koch SP	Koch SP	Estermann SP	Neukomm SP	Neukomm SP	Waser SP	Waser SP
Kaufmann Gewerkschaft	Estermann SP	Estermann SP	Neukomm SP	Ledergerber SP	Ledergerber SP	Mauch SP	Mauch SP
Lieberherr Gewerkschaft	Neukomm SP	Neukomm SP	Ledergerber SP	Maurer SP	Maurer SP	Nielsen SP	Nielsen SP
Frick LdU	Kaufmann Parteilos	Stocker GP	Maurer SP	Waser SP	Waser SP	Odermatt SP	Odermatt SP
Aeschbacher EVP	Lieberherr Parteilos	Küng CSP	Stocker GP	Stocker GP	Stocker GP	Genner GP	Wolff AL
Küng CVP	Aeschbacher EVP	Nigg CVP	Weber LdU/Parteilos	Weber Parteilos	Lauber CVP	Leupi GP	Genner GP
Nigg CVP	Küng CVP	Wagner FDP	Küng CSP	Martelli FDP	Martelli FDP	Lauber CVP	Leupi GP
Wagner FDP	Nigg CVP	Martelli FDP	Wagner FDP	Türler FDP	Türler FDP	Vollenwyder FDP	Lauber CVP
Egloff SVP	Wagner FDP	Wehrli FDP	Martelli FDP	Vollenwyder FDP	Vollenwyder FDP	Türler FDP	Türler FDP

QUELLE: STATISTIK STADT ZÜRICH / ak.

NZZ-INFOGRAFIK / lea.

stützung. Entweder konnten sie sich angesichts des radikalen SVP-Kurses kaum mehr politisch einigen, oder sie scheiterten wie im Kanton Bern an der Regierungsformel: Hier griff die SVP in den Erneuerungswahlen 2006 einen der beiden SP-Sitze an. Die FDP, die in der Berner Regierung seit je die Rolle der Juniorpartnerin an der Seite der SVP spielt, befürchtete aber, dass der SVP-Angriff vor allem einen ihrer beiden Regierungsratssitze gefährden könnte.

Darunter litt die Bündnisdisziplin der Bürgerlichen: SVP- wie FDP-Wähler stimmten nur noch für die parteieigenen Kandidaten, und SP und Grüne, die geschlossen antraten, holten die Mehrheit der Sitze. Damit wiederholte sich der Coup von 1986, als die Berner Linke im Nachgang zur Finanzaffäre die zerstrittenen FDP und SVP in die Minderheit versetzte. Der Zuwachs von SP und Grünen in den Kantonsregierungen seit 1990 hängt also eng mit dem SVP-Oppositionskurs und der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien zusammen.

Genau umgekehrt ist die Situation in den grossen Städten, wo die Linke stimmenmässig stärker ist als die Bürgerlichen. Doch auch hier gilt: Die Mehrheit gewinnt nur so lange, wie sie ihre

Wähler zu diszipliniertem, geschlossenem Wählen bewegen kann. Und genau daran könnten die Stadtzürcher Linken in den Stadtratswahlen 2014 scheitern.

Wolff als Spaltpilz der Linken

Die rot-grüne Einheit droht an Richard Wolff zu zerbrechen. Nach der Wahl des Linksalternativen Wolff sehen sowohl SP als auch Grüne ihre Sitze im Stadtrat in Gefahr. Damit erscheint aber auch die Bündnispartnerin als Konkurrenz, und um die eigene Vertretung zu retten, dürften manche Sozialdemokraten oder Grüne nur noch für die eigenen Kandidaten stimmen. Sollte dieses Szenario – getreu dem Beispiel der Berner Wahlen 2006 – eintreten, verlieren damit die linken Kandidaturen netto massiv an Stimmen, und die neuen Kandidatinnen oder Kandidaten von SP und Grünen sowie Richard Wolff drohen hinter die Bürgerlichen zurückzufallen.

In diesem Szenario könnten die Bürgerlichen nicht nur den im Frühjahr verlorenen Sitz zurückgewinnen, sondern womöglich gleich die Regierungsmehrheit erobern. Dazu benötigen sie aber disziplinierte Wählerinnen und Wähler, die für das gesamte bürgerliche

Ticket stimmen. Das wäre ein Novum für Zürich: Die Bürgerlichen haben sich in den letzten Jahren immer wieder der gegenseitigen Unterstützung versichert, doch seitdem Christoph Blocher in der Zürcher SVP den Ton angibt, fühlen sich grosse Teile der bürgerlichen Basis kaum mehr der Einigkeit verpflichtet. Und wenn sich die Bürgerlichen am Wahltag gegenseitig die Stimmen verweigern, gewinnt die viel diszipliniertere Linke jede Exekutivwahl mit links.

Bis jetzt strikt nach Drehbuch

Doch 2014 könnte es anders kommen: Bis jetzt haben sich die Bürgerlichen beim Versuch, ein stabiles Bündnis zu bilden, strikt nach Drehbuch verhalten. Den ersten Schritt hat die FDP mit der Nomination des SVP-affinsten Kandidaten aus ihren Reihen gemacht. Filippo Leutenegger ist zwar parteiintern umstritten und wäre in den Nationalratswahlen 2011 intern gar abgewählt worden. Er hat aber mehr SVP-Pananschierstimmen geholt als jeder andere Zürcher Kandidat. Er wird auch in den Stadtratswahlen die Brücke zur SVP schlagen können.

Zweitens verzichtet die FDP auf eine Dreierkandidatur. Auch wenn dies aufgrund des Parteifriedens – der Verzicht war vor allem für die Frauen schmerzlich – nicht so kommuniziert wird, erfolgt der Verzicht aus Bündnisrason. Denn die Bürgerlichen können nur mit einer gemeinsamen Fünferliste gewinnen. Alle Kandidaten müssen dazu gemeinsam und gegen die Linke antreten, statt sich gegenseitig zu konkurrenzieren. Mit sieben Kandidaturen (je 3 FDP und SVP) bliebe das Bündnis ein Lippenbekenntnis, denn dann wäre klar, dass sich die Kandidaturen auch gegenseitig konkurrenzieren.

Drittens zeichnet sich, auf Drängen der Wirtschaftsverbände, ein bürgerliches Wahlbündnis ab. Und viertens hat sich die SVP – getreu dem Beispiel der Freisinnigen – auf zwei Kandidaturen beschränkt und weniger bekannte Kandidaturen aufgestellt, aber solche, die für FDP und CVP wählbar sind. Falls die Bürgerlichen diesen Kurs diszipliniert bis am Wahltag fahren und die Linke nervös – sprich: zerstritten – darauf reagiert, winkt ihnen ein hoher Preis.

Doch die Linke, so scheint es, hat die Herausforderung erkannt – und angenommen. Entscheidend ist für die Linke jetzt die eigene Geschlossenheit. Die Linke hätte zwei Mittel in der Hand, wie sie diese gewährleisten könnte. Entweder springen SP oder Grüne über ihren Schatten, verzichten auf einen Sitz und verhindern so die gefährliche Wahlkonkurrenz innerhalb der Linken. Oder, und danach sieht es derzeit aus, die Linke setzt auf einen klaren Lagerwahlkampf, mit einer Siebnerliste, unter Einbezug Richard Wolffs. Mit drei Argumenten dürften sich linke Wähler überzeugen lassen, diszipliniert auch für ungeliebte Kandidaturen auf dem eigenen Lager zu stimmen: Erstens Filippo Leutenegger, zweitens und drittens die beiden SVP-Kandidaten. Nur die Wahl aller sieben linken Kandidaten kann die Wahl der drei Rechtsbürgerlichen in den Stadtrat verhindern.

Daniel Bochsler ist Assistenzprofessor für Vergleichende Politik am Zentrum für Demokratie Aarau und an der Universität Zürich.